

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 9

Artikel: Polens Wirtschaftssorgen bleiben
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093654>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wege und Irrwege in die Zukunft



Das bekannte Buch von **Prof. Emil Küng** im Paperback.

Ein Buch, das in den «Schulsack» jedes geistig und politisch interessierten Schweizer gehört.

Verlag Hochschule + Gesellschaft, Zürich, 215 Seiten, Fr. 16.–



Bestellschein

Einsenden an:
Verlag Hochschule + Gesellschaft
Postfach 35, 5403 Baden

Senden Sie mir ____ Ex. Küng,
«Wege und Irrwege», à Fr. 16.–

Name und Adresse:

Bohdan Gorski

Polens Wirtschaftssorgen bleiben

In Polen stehen die Wahlen vor der Tür, aber diese führt noch nicht aus den wirtschaftlichen Nöten heraus.

In Polen stellen die Wahlen vom kommenden Juni (siehe letzte Nummer) einen Meilenstein der politischen Entwicklung dar, und die Opposition improvisiert aus ihrem materiellen Nichts auf beachtenswerte Weise ihre Kampagne, bei der freilich auch die Gegensätze zwischen dem kompromissbereiten Kurs der Solidarnosc und den kompromissfeindlichen Gruppierungen aufbrechen. So oder anders herrscht bei den politischen Kräften eine präzedenzlose Vollbeschäftigung. Was aber bleibt, ist die kritische Wirtschaftslage des Landes, verbunden mit sozialer Misere.

So rasch sich die politischen Verhältnisse im letzten halben Jahr geändert haben, so wenig ist eine rasche wirtschaftliche Besserung zu erwarten.

Auf dem Papier gibt es viele Wirtschaftsreformen, ja sogar eine neue Wirtschaftspolitik. Leider fehlt es an der Umsetzung in die Realität, weil die alten Strukturen, die man ausbessern statt ersetzen will, zu neuen Funktionen schlecht geeignet sind. Die schwerfälligen Staatshandelsmonopole mit ihrer Bürokratie beherrschen nach wie vor den Binnenmarkt und lähmen ihn.

Die staatlichen Ankaufpreise für Agrarprodukte werden künstlich tiefgehalten, wogegen man die Verkaufspreise für die städtische Bevölkerung ständig hochschraubt. Das ergibt einen sektoralen Gewinn, der aber dem Gesamtinteresse zuwiderläuft, denn alles, was man mit dieser Methode bewirkt, ist eine Lähmung der Produktion.

Jahrzehntlang hat man die Verarbeitungsindustrie für Lebensmittel stiefmütterlich behandelt. Zudem fehlt es an sachgemässer Lagerung und geeigneten Transportmitteln, weshalb ein Teil der angekauften Agrarprodukte verdirbt, ohne den Verbraucher zu erreichen.

Ungenügend gefördert wird die Kleinindustrie, die zur Konsumgütererzeugung wichtig ist. Theoretisch unterstützt man sie zwar durch umständliche Massnahmen, aber praktisch hält man sie durch eine nach wie vor gewerbefindliche Steuer- und Finanzpolitik nieder und lässt sie auf keinen grü-

nen Zweig kommen, wiederum zum Nachteil der Gesamtversorgung.

Die Wirtschaftsreform konzentriert sich vor allem auf den Ausbau der Exportwirtschaft, um den Devisenfluss zu fördern. Man versucht um jeden Preis, attraktive Bedingungen für ausländische Investoren zu schaffen. Dem dient insbesondere das Gesetz über die sogenannten Joint Ventures vom Januar dieses Jahres. Es regelt die ausländische Beteiligung an den wirtschaftlichen Aktivitäten Polens.

Mit Hilfe des ausländischen Kapitals sucht das Regime vor allem den Exportsektor rasch auszubauen. Diese Politik hat im Sozialbereich negative Folgen, die schon heute sichtbar sind, trennt sie doch die Bevölkerung in «zwei Sorten Polen»: Wer in der Exportwirtschaft arbeitet und über Devisen verfügt, kann sich einen höheren Lebensstandard sichern, und wer diese Möglichkeiten nicht hat, fristet ein kümmerliches Dasein.

Diese Prioritätensetzung zur Rettung einer verfahrenen Wirtschaftslage ist nicht neu. Schon vor Jahrzehnten haben Entwicklungsländer versucht, durch Schaffung von Exportenklaven und überhaupt durch eine völlig exportorientierte Wirtschaftspolitik, die binnenwirtschaftlich nicht entsprechend abgestützt war, ihre Lage zu bessern. Inzwischen hat man die Folgen kennengelernt, die zum Teil verheerend waren. Es verspricht nichts Gutes, wenn sich eine schlagseitige polnische Reformpolitik nach diesen gescheiterten Vorbildern richtet.

Bei der Suche nach ausländischem Kapital sieht sich das Regime auch von der Opposition unterstützt. Walesa hat in Italien und anderswo in diesem Sinn für Hilfe an Polen geworben. Aber wenn das Geld zur Rettung statt zur Überwindung schlechter Strukturen eingesetzt wird, nützt es nichts.

Aus diesen Gründen ist ein Ende der polnischen Wirtschaftskrise noch nicht abzusehen, so sehr sich auch die politische Landschaft verändert hat. Ohne Handels- und Gewerbefreiheit, ohne eine binnenwirtschaftlich orientierte Reformpolitik kommt es zu keiner grundlegenden Verbesserung. Die politischen Erfolge der Solidarnosc müssen erst noch wirtschaftlich umgemünzt werden, wenn die Polen aus ihrer materiellen Misere herauskommen sollen.